

Zwischenruf

von Jan van Aken (DIE LINKE) - für Hamburg im Bundestag

Nr. 1/2010

Krieg in Afghanistan: Kundus ist nur die Spitze des Eisbergs

Der Bombenangriff von Kundus hat die ganze Grausamkeit des Krieges in Afghanistan offenbart. Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg hat ein Deutscher einen Angriff angeordnet, durch den so viele Menschen getötet wurden. Mindestens 142 Menschen starben, die meisten Toten waren Zivilistinnen und Zivilisten.

Heute wissen wir, dass der Angriff den Menschen galt und nicht, wie uns lange von der Regierung weis gemacht wurde, den beiden zuvor von Taliban entführten Tanklastern. Heute wissen wir, dass die beiden ausführenden US-amerikanischen Piloten vom deutschen Oberst genau diese Order erhalten haben: Menschen vernichten – das ist die Formulierung, die Oberst Klein dafür benutzt hat.

www.linksfraktion.de

Es gilt die genauen Umstände des Angriffs aufzuklären, die Lügen und Vertuschungsversuche der Bundesregierung aufzudecken, Verantwortlichkeiten klar zu benennen und nachzuvollziehen, inwiefern dem Angriff von Kundus eine geänderte Einsatzstrategie zugrunde liegt. Dafür wird unsere Fraktion den Kundus-Untersuchungsausschuss und alle ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mittel nutzen.

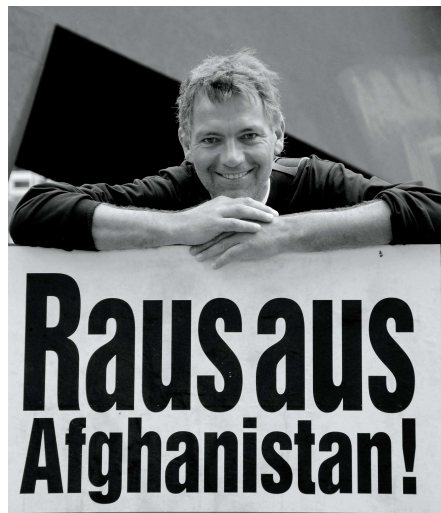
Aber wir wissen auch: Kundus ist nur die Spitze des Eisbergs. Während NATO und Bundeswehr ihre Truppenkontingente kontinuierlich verstärkt haben, stieg in den letzten Jahren die Zahl der zivilen Opfer, die der NATO-Krieg in Afghanistan fordert: Allein in den letzten zweieinhalb Jahren wurden dort 4.654 unschuldige Zivilisten bei Kampfhandlungen getötet.

CDU, FDP, SPD und Grüne haben Deutschland in einen Krieg geführt, über den Sie nie die Wahrheit gesagt haben. Die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit, mit der Regierungen von Rot-Grün über Schwarz-Rot bis Schwarz-Geld der Öffentlichkeit den Einsatz in Afghanistan erträglich machen wollten, ist als Schwindel aufgefliegen: Die Bundeswehr ist nicht als Entwicklungshelfer in Afghanistan, sondern führt dort Krieg. Und sie gefährdet die Aufbauarbeit ziviler Helfer, die von vielen Afghaninnen und Afghanen als Teil der Besatzung wahrgenommen werden.

Daraus ergibt sich für DIE LINKE, die als einzige Fraktion im Bundestag die Ablehnung der Bevölkerungsmehrheit gegen den Krieg in Afghanistan zum Ausdruck bringt:

1. Der Krieg muss sofort ein Ende haben. Eine weitere Erhöhung der Kontingentobergrenze darf auf keinen Fall erfolgen. Das Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan muss aufgehoben werden.

(Fortsetzung auf S. 2)



Liebe Leserinnen und Leser,

wenn ihr diesen ersten Infobrief erhaltet, bin ich gerade unterwegs nach Afghanistan. Ich werde dort nicht nur mit Angehörigen der Bundeswehr und von Hilfsorganisationen sprechen, sondern vor allem auch mit Opfern und Hinterbliebenen des Bombenangriffs von Kundus. Als Mitglied des Kundus-Untersuchungsausschusses möchte ich mir selbst ein Bild machen: Was ist am 4. September genau passiert, wie viele unschuldige Zivilisten kamen in der Flammenhölle ums Leben? Ich werde auch mit den Ärzten sprechen, die die Überlebenden behandelten, und mit den Menschen, die die Opfer in den letzten Wochen betreut haben. Direkt nach meiner Rückkehr werde ich euch am 5. Februar im Hamburger Curio-Haus von meinen Eindrücken berichten.

Bereits jetzt ist klar, dass die Bundesregierung nicht nur alles daran setzt, die Hintergründe des Massakers zu vertuschen und weiterhin an der militärischen Strategie festhält. Klar ist auch, dass man die offizielle Opferzahl und die Entschädigungssummen für Familien, die zumeist ihre Ernährer verloren haben, so gering wie möglich halten will. Ich hoffe, wir als LINKE können nicht nur zur Aufklärung der politischen Verantwortung für den Kundus-Angriff beitragen, sondern auch dafür sorgen, dass den Opfern des Krieges Gerechtigkeit widerfährt.

Auch wenn in diesen Tagen meine Arbeit ganz im Zeichen des Afghanistan-Krieges steht, waren die ersten Monate nach der Wahl doch recht turbulent und vielfältig. Dieser Infobrief soll einen kleinen Einblick in meine Aktivitäten der letzten Monate geben.

Euer

Atomwaffensperrvertrag auf der Kippe

Vom 3. bis 28. Mai 2010 findet die Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages (engl.: Nonproliferation Treaty – NPT) in New York statt. Dabei steht die Existenz dieses wichtigen Vertrags auf dem Spiel. Denn aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Atomwaffenbesitzern und den Nichtbesitzern droht die Konferenz zu scheitern, wie bereits jene des Jahres 2005. Kommt es auch dieses Mal zu keiner Einigung, werden etliche Mitgliedsländer aus dem Vertrag aussteigen. Damit wäre der Weg frei für ein ungehemmtes atomares Wettrüsten von immer mehr Atomwaffenstaaten.

Es hängt nicht zuletzt von Deutschland ab, ob die Überprüfungskonferenz scheitert oder die Welt einer atomwaffenfreien Zukunft ein Stück näher bringt. Deutschland besitzt selbst zwar keine Atomwaffen, doch befinden sich im Rahmen der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ der NATO-Staaten bis zu 20 atomare Sprengköpfe auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Mit dieser „nuklearen Teilhabe“ verstößt Deutschland gegen Artikel II des Atomwaffensperrvertrags. Dieser verpflichtet die Vertragsparteien unmissverständlich dazu, Kernwaffen, sonstige nukleare Sprengkörper oder die Verfügungsgewalt

darüber von niemandem, weder mittelbar noch unmittelbar, anzunehmen. Der Abzug der amerikanischen Atombomben aus Deutschland ist deshalb eine zentrale Forderung der LINKEN und der außerparlamentarischen Friedensbewegung. Denn mit einem solchen Abzug wäre nicht nur ein konkreter Abrüstungsschritt getan - er wäre auch ein notwendiges Signal an alle anderen NPT-Vertragsstaaten, ihren Verpflichtungserklärungen ebenfalls nachzukommen.

In den verbleibenden Monaten bis zur Konferenz ist also das Engagement aller Menschen gefragt, die eine Zukunft ohne Atomwaffen wollen. Es braucht starken parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck auf die Bundesregierung, damit ihrem im Koalitionsvertrag festgehaltenen Bekenntnis zur Abrüstung auch Taten folgen. Der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland gehört deshalb zu meinen Schwerpunkten in den kommenden Monaten, im Parlament und in Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung.

Am 15. Februar erscheint ein Appell der Friedensbewegung, den jede und jeder auch online unterschreiben kann. In den Bundestag bringen wir einen Antrag an die Bundesregierung ein, der formuliert, wie ihr Beitrag zu einem positiven Ausgang der Konferenz aussehen muss. Weitere Teile der Kampagne „Unsere Zukunft atomwaffenfrei“ werden eine Speakers Tour und ein Kongress in Essen sein. Mehr Informationen dazu gibt es im Internet:

www.atomwaffenfrei.de und
www.friedenskultur2010.de.

Der Atomwaffensperrvertrag trat 1970 in Kraft und verpflichtet 189 Vertragsstaaten auf Regeln über den Besitz und die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen. Drei Ziele wurden in ihm festgeschrieben:

1. Die **Verhinderung der Verbreitung** von Nuklearwaffen und -technologie („Nichtverbreitung“). Kein Land außer den damaligen offiziellen Atommächten China, Frankreich, Großbritannien, der UdSSR und den USA darf legal Atomwaffen entwickeln oder erwerben.
2. Das **Recht auf zivile Nutzung** der Nukleartechnologie. Staaten ohne Atomwaffen wird bei Verzicht auf atomare Rüstung das Recht auf die zivile Nutzung der Atomenergie garantiert, sie bekommen entsprechende Technologien und Know-how zur Verfügung gestellt.
3. Eine **Abrüstungsverpflichtung**. In ihr verpflichten sich die Atomwaffenmächte zu Verhandlungen „in redlicher Absicht“ mit dem Ziel nuklearer Abrüstung und endgültiger Abschaffung der Atomwaffen.

Vierzig Jahre nach Begründung dieses Vertrags gibt es weit mehr Atomwaffen als zu Vertragsbeginn, offiziell sind es rund **23.000 Atomsprengeköpfe** weltweit. Die fünf offiziellen Atommächte hatten zuletzt auf der Überprüfungskonferenz des Jahres 2000 die völlige Beseitigung ihrer Arsenale zugesagt und ein 13-Schritte Programm zur atomaren Abrüstung vereinbart. Dieser Vereinbarung sind sie jedoch keineswegs nachgekommen, im Gegenteil haben sie ihre Atomwaffenkomplexe weiterhin stetig modernisiert. Auch 20 Jahre nach dem Ende des Kalten Kriegs ist der Einsatz von Atomwaffen unter dem Paradigma der „Abschreckung“ in den Sicherheitsstrategien zentral – inklusive einer Erstschlagoption.

Kundus ist nur die Spitze... (Fortsetzung)

2. Der Krieg hat ein Gesicht – das Gesicht der Opfer. DIE LINKE wird sich darum bemühen, ihr Leid, das bislang wenig präsent ist in den Medien, sichtbar zu machen und ihren Angehörigen auch in der deutschen Öffentlichkeit eine Stimme zu geben.

3. Der Krieg trägt auch das Gesicht der Täter: Die Kanzlerin muss endlich erklären, wer die Erlaubnis für die Vernichtung von Menschen gegeben hat. Beim Bombenangriff von Kundus ging es um das gezielte Töten von Menschen – das ist illegal und ein beispielloser Tabubruch in der deutschen Nachkriegs-

geschichte. Alle, die diese Entscheidung getroffen haben oder davon wussten, müssen ihren Hut nehmen. Niemand darf illegale Tötungen beschließen und hinterher weiterregieren.

4. Es ist das Mindeste, dass sich die Bundesregierung zu ihrer Verantwortung für die Opfer und ihre Angehörigen bekennt und endlich öffentlich ein längst überfälliges Zeichen der Trauer und des Mitgeföhls vernehmen lässt.

Letztlich muss die Konsequenz deutlich und radikal sein: Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Hardliner aus Hamburg

Für die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes im Rahmen der ISAF stimmten am 3.12.2009 alle Hamburger MdBs der CDU, FDP, SPD und der GRÜNEN.

Auch die GALier Krista Sager und Manuel Sarrazin sagten JA zur Fortsetzung des Krieges und outeten sich damit als "Falken" innerhalb der grünen Fraktion. 40 Grüne hatten sich enthalten, 19 den Mut gehabt, wie DIE LINKE mit NEIN zu stimmen.

Recht auf Stadt - eine Stadt für alle!



Jan van Aken und Christiane Schneider (MdHB) mit den Gästen aus Tel Aviv

Verdrängung in bisher von ärmeren Bevölkerungsschichten bewohnten Vierteln im Gange.

Der Widerstand dagegen organisiert sich in Hamburg in über 100 unter dem Motto „Recht auf Stadt“ vernetzten Initiativen und hat in der LINKEN eine parlamentarische Stimme. Ir' le-kula-nu eine in zahlreichen Themenforen organisierte Basisbewegung, die – ohne Partei zu sein – auch bei Wahlen antritt. Und dies sehr erfolgreich: bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen 2008 erzielte sie aus dem Stand 20 bzw. 38 % der Stimmen.

Linke Stadtpolitik in der Metropole – Thema zweier Workshops, die Linke aus Deutschland und Israel einmal in Tel Aviv, einmal in Hamburg zusammenführten. Im Mai war eine Delegation aus Frankfurt, Berlin und Hamburg auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach Tel Aviv-Jaffa gereist, um dort VertreterInnen von Ir' le-kulanu („Eine Stadt für alle“), einer Bündnisorganisation von sozialen und Umweltbewegungen der Metropolregion kennenzulernen. Mitte November revanchierten sich die Stiftung und die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE mit einer Einladung nach Hamburg. Fragen der Stadtentwicklung, Umwelt- und Energiepolitik, Migration und Flucht wur-

den diskutiert, stets mit Blick auf Gesichtspunkte sozialer Gerechtigkeit.

In beiden Städten verfolgen die verantwortlichen Stadtplaner ähnliche Strategien, um ihre Metropole im globalen Standortwettbewerb auf vorderen Rängen zu platzieren: Immer mehr städtebauliche Großprojekte, Bürotürme und Luxuswohnungen sollen internationale Investoren aus dem Dienstleistungs- und IT-Bereich dazu bewegen, sich mit ihrem hochqualifizierten Personal anzusiedeln. Infolgedessen wird bezahlbarer Wohnraum zur Mangelware, steigen die Mieten auch während der Finanzkrise sprunghaft an, sind massive Gentrifizierung und

Berichte über den fast ohne finanzielle Mittel, aber mit viel Kreativität geführten Wahlkampf zeigten, wie mit Phantasie und Basisnähe die Mobilisierung auch von bisher politisch inaktiven Menschen gelingen kann. Und auch für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts lässt Ir' le-kulanu Erfolg hoffen, denn deutlich wurde: Das gemeinsame Engagement für soziale Rechte, gegen Gentrifizierung und Vertreibung lässt die Sensibilität für die Lage in den besetzten Gebieten und die Solidarität zwischen beiden Bevölkerungsgruppen von unten wachsen. Nur diese Solidarität kann dafür sorgen, dass die Mauer der Gewalt einem gerechten Frieden weicht.

ROTE MÖWE: Kultur trifft Politik

Auch 2010 wird die von Norman Paech initiierte Matineeereihe fortgeführt, die einmal monatlich politische Themen in lockerer Atmosphäre aufbereitet: Filme und Lesungen, Konzerte und Diskussionen, mit Gästen von Peter Sodann bis Jutta Ditfurth. Und auch weiterhin nistet die MÖWE regelmäßig in der *Galerie der Schlumper* im Karoiviertel - zuletzt bei einer Lesung mit dem als Kulturjournalist des Jahres ausgezeichneten STERN-Autor Arno Luik (*Foto*), der auch Einblick hinter die Kulissen der inszenierten Mediendemokratie gab - zum Beispiel die autoritäre Willkür des Kanzleramts im Umgang mit kritischen Fragestellern bloßlegte.

Am 17. Januar zeigte die MÖWE im 3001 den Film *Warum Israel* von Claude Lanzmann, dessen verhinderte Aufführung im Oktober 2009 heftige Auseinandersetzungen (nicht nur) innerhalb der autonomen Linken zur Folge hatte. Im Anschluss diskutierte das Publikum mit Norman Paech, Christiane Schneider (MdHB) und Rolf Verleger (Jüdische Stimme für gerechten Frieden) über Lanzmanns Werk, seinen historischen Kontext und die Anforderungen, die der Nahost-Konflikt an die deutsche Linke stellt.

In den nächsten Monaten stehen u. a. Lesungen mit Hermann Kant und Dietmar Dath, ein Film zum Frauentag am 8. März und Lieder von und mit Kai Degenhardt auf dem Programm. Der Eintritt ist stets kostenfrei, Spenden sind herzlich willkommen. Wer regelmäßig über die Veranstaltungen informiert werden möchte, benachrichtige bitte das Wahlkreisbüro.



Mit *Zivilcourage vereint* nach Kroatien

Zum sechsten Mal ruft der von Gesine Löttsch initiierte Jugendwettbewerb *Zivilcourage vereint* junge Leute bis 26 Jahre dazu auf, ihre Projekte gegen Neofaschismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus vorzustellen. Seien es Filme, Theaterstücke, Songs oder Webprojekte – "Kreativität gegen Rechts" ist das Motto, unter dem die eindrucksvollsten Beiträge prämiert werden.

Den Gewinnerinnen und Gewinnern des Wettbewerbs winkt eine Reise an Orte des antifaschistischen Widerstands – in den letzten Jahren ging es nach Katalonien, Griechenland und Österreich. Begegnungen mit Zeitzeugen am Ort des Geschehens machen Geschichte lebendig: Nachvollziehbar wird, wie Menschen in der Vergangenheit mutig und solidarisch, unter Aufopferung ihres Lebens für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit ein-

traten. Ihre Zivilcourage soll Inspiration sein für alle, die sich heute gegen Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa engagieren. Darüber hinaus geben die Reisen aber auch Gelegenheit, die Länder von ihrer touristischen Seite kennenzulernen.

Prämiert werden

- künstlerische Beiträge (Geschichten, Gedichte, Videos und Songs, Theaterstücke, Schülerzeitungen, Websites...)
- technische Beiträge (z. B. die Dokumentation eines Projekts, die Präsentation eines Vereins oder Einzelengagements).

Auch Vorschläge von Initiativen durch Dritte werden berücksichtigt. Die von einer fachkundigen Jury ausgezeichneten Beiträge werden im Internet und in einer Ausstellung präsentiert.

Zu gewinnen gibt es diesmal eine einwöchige Reise nach Slowenien und Kroatien im Herbst 2010. Jan van Aken sponsort eine solche Reise für eine junge Hamburgerin oder einen jungen Hamburger.

Einsendeschluss ist der 8. Mai 2010.

Mehr Infos gibt es auf der Website und im Wahlkreisbüro, das auch die Wettbewerbsbeiträge entgegennimmt. Einen Überblick über die Beiträge und Reisen der letzten Jahre bietet www.zivilcourage-vereint.de.



Impressum und Kontakt:

ViSdP: Jan van Aken, MdB

Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon (030) 277-73486
Fax (030) 277-76486
jan.vanaken@bundestag.de

Büro Hamburg:

Kreuzweg 7, 20099 Hamburg
Fon (040) 280-56546
Fax (040) 280-56547
jan.vanaken@wk.bundestag.de

Internet:

www.jan-van-aken.de
www.linksfraktion.de

Wer den Infobrief oder die monatliche Infomail abonnieren möchte, benachrichtige bitte das Wahlkreisbüro.

Prima Klima? Nicht mit Kohlestrom!

Das Scheitern des Weltklimagipfels ist vor allem europäischer Verlogenheit geschuldet. Lange schmückte sich die EU mit dem Image des Vorreiters in der Klimapolitik. Doch in die Verhandlungen ging die Delegation mit einem mickrigen Angebot, pokerte unter Ausschluss der am schlimmsten von den Folgen des Klimawandels betroffenen Länder für Konzerninteressen – und schob den Schwellenländern den Schwarzen Peter dafür zu, dass keine bindende Vereinbarung über Ziele, Mittel und Finanzierung der notwendigen Klimawende erzielt wurde.

Ähnlich auf Bundesebene: Merkel geriert sich als „Klima-Queen“, setzt jedoch vor allem auf sinnlose und schädliche Maßnahmen wie die Förderung der Elektromobilität. Eine Umstellung der Autoindustrie auf Elektroautos würde weder Arbeitsplätze sichern noch nennenswert Emissionen einsparen – wäre aber die bei

weitem teuerste von allen derzeit diskutierten Maßnahmen zur CO₂-Reduktion. Umweltexperten und Brancheninsider rechneten es bei einer Ende November von der EU-Parlamentarierin Sabine Wils ausgerichteten Konferenz in Hamburg vor: Vom Hype um das Elektroauto profitieren einzig die Stromkonzerne.

In Hamburg gipfelt dieser Irrsinn im Bau des Vattenfall-Kohlekraftwerks in Moorburg. Mit einem CO₂-Ausstoß vergleichbar dem Boliviens wird es die Emissionen Hamburgs auf einen Schlag fast verdoppeln. Wenn sich die Hansestadt dennoch mit dem Etikett „Umwelthauptstadt“ schmückt, ist das ein Schlag ins Gesicht aller wirklichen Klima- und Umweltschützer. Die zum KKW gehörende Fernwärmetrasse, der u. a. die Grünanlagen in Altona-Altstadt zum Opfer fallen sollen, wurde von der GAL-geführten Behörde ohne Verträglichkeitsprüfung und Bürgerbeteiligung genehmigt.

Ohne die Trasse kann das KKW nicht ans Netz gehen – ein Grund mehr, den BaumbesetzerInnen im Gählerpark zur Seite zu stehen, sobald Vattenfall-Kommandos zum Bäumefällen anrücken (SMS-Alarm: "go trasse" an 84343 schicken). Um mit seiner Klage gegen die Trasse vor dem Oberverwaltungsgericht erfolgreich zu sein, braucht der BUND dringend Spenden. Mehr Infos: www.moorburgtrasse-stoppen.de oder im Wahlkreisbüro.

Termine

5. Februar, 18.30 Uhr

Frieden für Afghanistan: Bundeswehr-Abzug jetzt!

Aktueller Bericht von der Afghanistan-Reise und aus dem Kundus-Untersuchungsausschuss, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15 (S Dammtor/U Hallerstraße)

20. Februar,

Demonstration in Berlin gegen die Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan, Bustickets (20 €, ermäßigt 12 €) im Wahlkreisbüro